



Inhalt

Seite 1: Rülein bleibt

Seite 4: Obdachlosigkeit

Seite 6: TU-Bildung

Seite 7: OB ganz rechts

Seite 8: Rechts + Ordnung

Seite 10: Mottenmafia

Seite 11: Crossword

Seite 12: Termine+
Impressum

FreibÄrger

Freibergs alternative Zeitung

Preis: eine $\frac{3}{4}$ Mark

Nummer 20

Dezember/Januar 2000/2001



BürgerInnen entscheiden jetzt selbst

Erster Freiburger Bürgerentscheid

Nun endlich dürfen die Freiburger Bürger selbst eine Entscheidung über die Zukunft ihrer Stadt treffen. Am 17. Dezember findet in Freiberg erstmals ein Bürgerentscheid statt. Was beim Bau des Johannisbades noch mißlang, konnte jetzt erreicht werden: 6.819 Bürger unterzeichneten das Bürgerbegehren zum Erhalt des Rülein-Gymnasiums auf dem Wasserberg.

6.819 Bürger – das ist fast ein Fünftel der Wahlberechtigten Freibergs. Damit konnte die in Freiberg besonders hoch gesteckte Hürde von 15 % bravourös genommen werden, in Dresden liegt das Quorum beispielsweise bei nur 7 % der Wahlbevölkerung.

Trotz der starken Beteiligung der Bürger wollte die Stadt das Bürgerbegehren nicht

für zulässig erklären, da "das Begehren keinen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag zur Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthält". Vermutlich ist es der Abwesenheit des Oberbürgermeisters in der Stadtratssitzung am 2.11.2000 zu danken, dass das Begehren doch noch mit einer knappen Mehrheit von 18 zu 19 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde. Der Oberbürgermeister tat sich im nachhinein schwer mit diesem Beschluss des Stadtrates. Er sah nach eigenen Worten unter Verletzung seiner Amtspflicht von einem Widerspruch nur ab, weil er für diesen Fall mit Klagen der Vertreter des Bürgerbegehrens rechnete und dadurch eine Verzögerung der nötigen Baumaßnahmen und grossen Schaden für die Stadt befürchtete.

Hintergrund Schulnetzplan

“Soll das Rülein-Gymnasium am jetzigen Standort Wasserberg erhalten bleiben?” – so lautet also die Frage, die die Freiburger am 17. Dezember mit “Ja” oder “Nein” zu beantworten haben. Sollte sich bei der Abstimmung eine Mehrheit für den Erhalt des Rülein-Gymnasiums aussprechen, muß der im Juli 2000 vom Stadtrat beschlossene Schulnetzplan revidiert werden. Der sieht nämlich in Freiberg nur noch ein Gymnasium vor, und zwar das Scholl-Gymnasium in der Altstadt. Die jüngeren Klassen sollen dabei in der Dürer-Schule, die älteren im Albertinum unterrichtet werden. Planentwürfe für die Sanierung der beiden Gebäude liegen bereits vor.

Die Stadtverwaltung, die das Rülein-Gymnasium schliessen will, hat zwei Hauptargumente. Das sind zum Einen die sinkenden Schülerzahlen, zum anderen die hohen Sanierungs- und Folgekosten für das Rülein-Gymnasium.

Sinkende Schülerzahlen

Nach Prognosen der Stadt Freiberg und des Regionalschulamtes sinkt die Zahl der Gymnasial-Anfänger in der 5. Klasse ab dem Schuljahr 2001/02 von über 200 auf 120 bis 160, wobei das Regionalschulamt die Entwicklung pessimistischer als die durch die Stadt Freiberg erstellten Gutachten sieht. Diese Schülerzahl entspricht etwa einem 5 bis 6zügigen Gymnasium, bei einer Klassenstärke von 25 bis 30 Schülern. Damit ein “öffentliches Bedürfnis” an einem Gymnasium besteht, und das Land Sachsen für die Schule Lehrpersonal bereitstellt, müssen über einen längeren Zeitraum 75 Schüler in der 5. Klasse die gymnasiale Ausbildung beginnen. Ab einer Jahrgangsstärke von 150 Schülern, wäre also das “Bedürfnis” für zwei Gymnasien gegeben. Diese “magische Zahl” der Bildungspolitik wird in Freiberg voraussichtlich ab dem Schuljahr 2007/08 wieder erreicht, genau zu dem Zeitpunkt, zu dem das Rülein-Gymnasium endgültig geschlossen werden soll...

Die Stadt plant die Sanierung des



Das Gymnasium in Hartha -Schlichtsanierung?

Scholl-Gymnasiums in den Jahren 2001 bis 2004. Ab dem nächsten Jahr soll das Rülein-Gymnasium gleitend aufgehoben werden, d.h. es werden keine neuen 5. Klassen aufgenommen. Nun wird es aber im nächsten Jahr noch einmal etwa 200 Gymnasiasten in der 5. Klasse geben. Soll also dieser 7zügige Jahrgang für drei Jahre in einem in der Sanierung befindlichen Gymnasium ohne ausreichende Infrastruktur, wie Sporthallen, lernen? Hinzu kommen noch die 5. Klassen der beiden folgenden Jahre (5 Züge) und die älteren Jahrgänge, die bis zum Jahr 2000 im Scholl-Gymnasium begonnen haben. Es scheint zweifelhaft, dass das Scholl-Gymnasium diese Schülerzahlen und eine gleichzeitige Sanierung verkraften kann.

Sanierungskosten

Für die Sanierung des Scholl-Gymnasiums, wie es im Schulnetzplan vorgesehen ist, rechnet die Stadt mit Kosten in Höhe von 33 Mio. DM. Dabei fallen 11,2 Mio. DM für die Sanierung des Hauses Dürer an, 15,5 Mio. DM für die des Albertinums, 6 Mio. DM für den Bau einer Dreifachsporthalle und 0,5 Mio. DM für den Kauf der Akademischen Kampfbahn. Ein grosser Teil dieser Ausgaben soll durch Fördermittel des Landes gedeckt werden, das aber

nur ein Gymnasium in Freiberg fördern will. Was aber heisst das? Fördert das Land wirklich nur ein Gymnasium in Freiberg, wenn es das e i n z i g e Gymnasium in Freiberg ist? Gehen die für das Albertinum beantragten Fördermittel also verloren, wenn das Rülein-Gymnasium nach 2007 bestehen bleibt?

Grosser Schaden für die Stadt Freiberg soll aber nicht nur durch den Entzug von Fördermitteln, sondern auch durch die hohen Sanierungskosten des Rülein-Gymnasiums entstehen, die mit 23 Mio. DM die möglichen Einsparungen durch den Wegfall des Hauses Dürer um 11 Mio. DM übersteigen. Wohl keine Zahl hat in der Debatte im Stadtrat die Gemüter mehr erhitzt als diese 23 Mio. DM! Zunächst stellt sich die Frage, ob man die Zahlen für das Haus Dürer mit denen für das Rülein-Gymnasium überhaupt vergleichen kann. Für ersteres sind immerhin 550.000 DM teure Planentwürfe erarbeitet worden. Während die Sanierungskosten für das Rülein-Gebäude zunächst auf Grundlage einer sehr groben Schätzung ermittelt wurden: 70 % der Neubaukosten oder 600 DM/m³ umbauter Raum sind von der Stadt veranschlagt worden. Die Gegenseite führte das Beispiel des Gymnasiums in Hartha an. Diese Schule ist

vomselbenBautypwiedasRülein-Gymnasium, das aber aus zwei Gebäuden besteht. 5 Mio. DM hat die Sanierung des ursprünglichen Gebäudes des Harthaer Gymnasiums gekostet, für weitere 8 Mio. DM wurde ein moderner und futuristisch wirkender Anbau an das Gebäude angesetzt, der sicher nicht dem von der Stadt gefürchteten Gespenst einer "Schlichtsanierung" und damit dem "weit und breit hässlichsten Gymnasium" entspricht. Aufgrund dieses Streits gab der Stadtrat ein unabhängiges Gutachten in Auftrag, das die von der Stadt geschätzte Höhe der Kosten fast bis auf die Kommastelle genau bestätigte. Dennoch konnten letzte Zweifel, ob an beide Häuser - Dürer und Rülein - die gleichen Sanierungsmaßstäbe angelegt wurden, nicht ausgeräumt werden.

Im Zusammenhang mit den Kosten muß sich die Stadt auch die Frage gefallen lassen, warum sie nicht schon früher Fördermittel für die Sanierung des Rülein-Gymnasiums beantragt hat, zum Beispiel im Rahmen der Förderung von Neubaugebieten.

Kleine oder grosse Gymnasien?

Für den Erhalt des Rülein-Gymnasiums spricht die schon vorhandene Infrastruktur auf dem Wasserberg, insbesondere die nahe Schwimmhalle und sanierte Sportanlagen. Zum einen würde die Schule zur Auslastung dieser Einrichtungen beitragen, zum anderen spart man Geld, weil kein Neubau von Sportanlagen notwendig ist. Daneben wird der Wasserberg als Wohngebiet attraktiver und man erspart den Jugendlichen lange Schulwege.

Letztlich aber handelt es sich bei der Entscheidung auch um die Frage, ob grosse Gymnasien besser sind als kleine. Die Stadt scheint dieser Meinung zu sein. Der Werbeslogan der Bergakademie "Klasse statt Masse" gilt offenbar nicht für Schulen. Auch die sonst gern als Vorbilder angeführten westlichen Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg, wo dreizügige Gymnasien eher die Regel als die Ausnahme sind, sind in dieser Hinsicht wohl nicht mehr aktuell. Das Wahlpflichtangebot wäre an kleinen Gymnasien enger und eine Kooperation von zwei Gymnasien ausgeschlossen, argumentiert man. Warum aber ist eine solche Kooperation in einer

Grossstadt wie Berlin möglich, gar über Stadtbezirksgrenzen hinweg?

Mündige Bürger?

Die Reaktionen des Oberbürgermeisters und einiger Stadträte zeigten, dass man trotz Sächsischer Verfassungsmedaille für "besondere Verdienste um die freiheitlich demokratische Entwicklung" der direkten Beteiligung der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung ablehnend gegenüber stehen kann. Da ist die Rede von falscher und unvollständiger Information der Bürger, von der Erpressung von Unterschriften. Jede abweichende Meinung wird als persönliche Beleidigung aufgefasst und kehrt als solche in Form von mehr oder weniger offenen Beschimpfungen zur Opposition zurück. So ist es um die demokratische Streitkultur in Freibergs Stadtrat bestellt. Nun also muss sich die Stadt auf die "Mündigkeit" ihrer Bürger verlassen, darauf, dass diese sich nicht von der Opposition und ewigen "Miesmachern" instrumentalisieren lassen und letztlich darauf, dass sie - die Stadt - die besseren Argumente hat...

Es wird also spannend am 17. Dezember. Freiberg - entscheide dich!

Katy Unger



“Obdachlosigkeit unsere persönliche, gesellschaftliche und kommunale Verantwortung”

[mad] Eine Gedenkminute an Christa M. und Siegfried K. stand am Anfang einer Podiumsdiskussion, die von der Stadt Freiberg am 24. Oktober im Rathaus organisiert wurde. Leider war das Nachdenken schnell wieder beendet. Wer anschließend mit einem selbstkritischen Blick auf den Frauen- und Obdachlosenmord rechnete, war leider fehl am Platz. Ungefähr achtzig Personen, darunter zahlreiche Mitglieder des Stadtrates, waren der Einladung der Stadt gefolgt. Auf dem Podium saßen der Leiter des Obdachlosenheims Herr Fischer, Frau Hageni vom Sozialamt und Herr Lubos als Vertreter des Landratsamtes. Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze ließ sich durch den Bürgermeister für Wirtschaft und Soziales Dr. Böttcher vertreten. Als Sprecher der Obdachlosen erschien Herr Gotthardt. Gleich zu Beginn wurde vom Moderator Dr. Daut festgelegt, daß es ein Gespräch „ohne Polemik und Schuldzuweisungen..“ geben soll. Der erste Redner, Herr Lubos, beendete seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Obdachlosigkeit von

Rechtswegen her immer noch eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstelle. Dabei könnte die Lösung der Probleme so einfach sein. 1256 (eintausendzweihundertundsechsfünfzig) leerstehende Wohnungen sind ein schlagkräftiges Argument gegen Wohnungsmangel in Freiberg. Darüber hinaus existiert ein Haus mit Schlichtwohnungen, für Leute, die dennoch keine Wohnung haben. Schuldnerberatungsdienste helfen bei finanziellen Problemen. „Das Sozialamt übernimmt Mietschulden“, erklärte Frau Hageni mehrfach. Als letztes Glied in der Kette der Maßnahmen gegen Obdachlosigkeit fungiert noch

das Obdachlosenheim in der Beethovenstraße. Einige Menschen, die in der Öffentlichkeit als Obdachlose wahrgenommen werden, würden noch über eine eigene Wohnung verfügen. Der Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Dr. Böttcher, beeilte sich noch zu ergänzen, daß es in Freiberg keine Familie gibt, die gezwungen ist, auf der Straße zu schlafen, wie es früher als Schreckensbild



über den Kapitalismus verbreitet wurde. Niemand gerät also unverschuldet in Obdachlosigkeit oder muß gar im Park oder in Abbruchhäusern übernachten, so der Grundtenor. Von Arbeitslosigkeit hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch niemand gesprochen und so sollte es auch bis zum Schluß bleiben.

Zum Schwerpunkt der abendlichen Podiumsdiskussion entwickelten sich die Aufenthaltsbedingungen im Freiberg Obdachlosenheim. Wer dort Aufnahme finden will, muß pro Übernachtung 5,- DM entrichten. In den Betten dürfe nicht geraucht werden, hieß es und im gesamten Haus gelte ein strik-

tes Alkoholverbot. Stark angetrunkenen Personen werde zu keinem Zeitpunkt Zugang gewährt, betonte der Leiter Gunter Fischer und mit Nachdruck ereiferte er sich: „Egal was für Wetter, was für eine Jahreszeit! Die Tür bleibt dann zu!“ Auf Nachfragen aus dem Publikum, warum er so rigoros gegen Alkoholkonsum sei, wo er doch selber gesagt habe, dass 80-90 Prozent der

Obdachlosen Alkoholiker seien, verwies er auf die Probleme im Heim mit Betrunknen. Immerhin gäbe es Leute bei ihm, die einer Arbeit entweder in Form von ABM oder bei der „Gesellschaft für Strukturentwicklung und Qualifikation“ (GSQ) nachgingen, und die sich durch Betrunkene enorm gestört fühlten. Frau Hageni ergänzte die Ausführungen Fischers noch mit dem Hinweis, dass es im Falle des Zusammenlebens von Menschen eine klare Hausordnung zu geben habe, an die man sich eben halten müsse. An dieser Stelle hielt es einen Mann aus dem Publikum nicht mehr auf seinem Sitz. Man solle sich doch mal über diese ständige Gängelei der Menschen im Heim, sowie die Lebensbedin-

gungen Gedanken machen. Mit Nachdruck bezweifelte er die offizielle Zahl von 60 Obdachlosen in Freiberg, da niemand genau über die Verhältnisse in den zahlreichen Abbruchhäusern Bescheid wisse. Außerdem verlangte er die regelmäßige Präsenz der Polizei im Albert Park. Die Polizei erscheine nur, wenn sich mal hoher Besuch blicken lasse. Der Stadt und insbesondere dem Oberbürgermeister Konrad Heinze warf er vor, trotz anderslautender Betroffenheitsreden nicht mit Obdachlosen kooperieren zu wollen. So habe Heinze den ernstgemeinten Vorschlag von Obdachlosen, sich selber ein Haus einzurichten, mit

dem fadenscheinigen Argument abgelehnt, da könnten Werkzeuge gestohlen werden.

Am Schluss der nur knapp dreistündigen Veranstaltung meldete sich noch

ein Vertreter der Polizei zu Wort um den bereits aufbrechenden ZuhörerInnen von der überaus engagierten und erfolgreichen Arbeit der Polizei zu berich-

ten. Den Einwurf, daß es nur bei herrschaftlichen Besuch zu Streifenfälligkeit im Albert-Park komme, wies er verständnislos von sich.

Entzugsanstalt - Obdachlosenheim - Wirtschaftsakademie

- Was betreibt Heimleiter Gunter Fischer in der Beethoven Straße ? -



[mad] Stellen sie sich einmal vor: jemand macht eine Beratungsstelle für Spielsüchtige auf und läßt nur Leute herein, die keine Spielschulden haben. Außerdem müßte jede/r Hilfesuchende/er noch ordentlich Eintritt bezahlen. Gibt es nicht? Doch! Man muß noch nicht einmal in die weite Welt schauen. Das Freiburger Obdachlosenheim will eine Übernachtungsmöglichkeit für Wohnungslose bieten, nimmt aber keine angetrunkenen Personen auf. Vom kümmerlichen Sozialhilfetagessatz (17 DM pro Tag) müssen Bedürftige für eine Übernachtung 5 D-Mark aufbringen. Heimleiter Fischer rechtfertigt den Eintritt nicht etwa mit Betriebskosten, sondern mit seinen Kenntnissen aus der Erlebnispädagogik: auch Obdachlose müssen lernen, was Marktwirtschaft bedeutet. Dass sie diese bereits allzu deutlich am eigenen Leib erlebten, scheint Herrn Fischer entgangen zu sein. Statt dessen belehrt er weiter: "Egal wo

ich wohne, ich muß immer etwas bezahlen, 10 Jahre nach der Wende muß man das verstanden haben!" Da drängt sich die Frage nach den Zielen, die der Betreiber des Freiburger Obdachlosenheims verfolgt, förmlich auf. Wenn das Haus eine Unterkunft für Obdachlose sein will, ist nicht verständlich, weshalb alkoholranke Wohnungslose - immerhin 80% aller Obdachlosen - nicht aufgenommen werden, wo doch gerade sie beim Übernachten im Freien durch drohende Überfälle besonders gefährdet sind und gerade im Winter jede Nacht Gefahr laufen erfrieren zu können. Fischers Hauptaugenmerk liegt auf dem Kampf gegen Alkoholismus, wobei die Betroffenen sich selbst helfen sollen. Eine alte Therapie-weisheit: wer trinkt, kommt nicht ins Heim, da hört man nach der ersten kalten Nacht von alleine mit dem Trinken auf. Dem An-

spruch zur Hilfe wird man viel eher gerecht, wenn man Übernachtungshaus von der Therapiestätte trennt. Ein Übernachtungshaus sollte so eingerichtet sein, dass es jeder/m Bedürftigen/m unabhängig vom körperlichen Zustand zuerst dazu dient in akuter Not ein Obdach zu bieten. Alkoholtherapie wäre der zweite Schritt. Die kann nur dann erfolgversprechend sein, wenn Bedürftige 24 Stunden am Tag Hilfe erhalten. Diesem Anspruch kann das Freiburger Obdachlosenheim mit seinen rigiden Öffnungszeiten überhaupt nicht gerecht werden.

Ansätze für ein Haus, das während der Schließzeiten des Obdachlosenheims geöffnet hat, gab es schon. Wohnungslose selbst versuchten vor einem Jahr, ein leerstehendes Haus von der Stadt zur Verfügung gestellt zu bekommen, um dort in Eigenleistung ein Tages-Cafe aufzubauen. Der Vorschlag wurde bis heute nicht angenommen. Freibergs Oberbürgermeister Konrad Heinze lehnte ihn mit dem Argument ab, von der Stadt zur Verfügung gestelltes Werkzeug könnte verloren gehen.



„Beton statt Bildung!“

Wird die Bergakademie bald zur Geowissenschaftlichen Fachschule?

[mad, kyu] Unter dem Motto „Zukunft für Bildung“ kämpft an der TU-Bergakademie eine Initiative gegen die durch die sächsische Regierung geplanten Kürzungen, die besonders die kleineren Hochschulen auf lange Sicht akut in ihrem Bestand gefährden. Dabei richtet sich der Protest zunächst gegen die im Doppelhaushalt 2001/2002 vorgesehenen Einsparungen. Allein in den nächsten zwei Jahren plant die Landesregierung die Streichung von 415 Stellen. Laut einem am 11. Juli dieses Jahres gefassten Beschluss des sächsischen Kabinetts sollen innerhalb der nächsten acht Jahre landesweit 1715 der bisher ca. 10.000 Hochschulstellen gestrichen werden.

Mit einem symbolischen Trauerzug am 23. November wollten Freiburger StudentInnen auf die geplanten Kürzungen im Hochschulbereich aufmerksam machen. Bereits am 14. November hatte die Initiative bei einer symbolischen Mensabesetzung auf die Konsequenzen der Sparpolitik hingewiesen, die da sind:

- Abnahme der Mitarbeiterzahl bei steigenden Studienanfängerzahlen, womit überfüllte und damit wenig attraktive Lehrveranstaltungen zu befürchten sind;

- Professorensplitting, d.h. gleichzeitiges Unterrichten eine(r)s Professor(in)s an mehreren Hochschulen - damit ist der Lehrende für den Studenten nicht mehr ohne weiteres ansprechbar;

- Schließung einzelner Fachbereiche, in Freiberg z.B. der Mathematik und der Wirtschaftswissenschaften, die eine allseitige, sprichwörtlich universale Ausbildung garantieren sollten;

- Überlastung der Mitarbeiter durch die Lehre und fehlende Stellen zur Bearbeitung von Forschungsaufträgen aus der freien Wirtschaft, die zur Finanzierung der Hochschulen aus Drittmitteln immer wichtiger werden;

- drohende Eigenfinanzierung von fakultativen Angeboten der Sprachenausbildung und des Sports.



Zu den Plänen der Landesregierung, trotz der Einsparungen im Bildungsbereich 20 Mio. zusätzlich für den Straßenbau zur Verfügung zu stellen, meinen die Flugblattautoren lakonisch „Beton statt Bildung!“.

Für den 12. Dezember, den Tag vor Verabschiedung des Haushaltsplanes durch den Landtag, ruft die Initiative zusammen mit anderen Hochschulgruppen zu einer Demonstration in Dresden vor dem Landtagsgebäude auf. Bis dahin wird es jeden Donnerstag 20.00 Uhr im Rammmlerbau ein Treffen geben. Als nächstes Ziel wird die Mobilisierung von Teilen des Lehrkörpers gesehen, da bisher nur StudentInnen mitarbeiten. Zusätzliche Unterstützung erhofft sich die Initiative von Seiten der Landtagsabgeordneten und des Freiburger Oberbürgermeisters Konrad Heinze, dem am 17. November ein Schreiben mit der Bitte um Unter-

stützung überreicht wurde. Darin wird auf die Folgen der Kürzungen auch in der Stadt Freiberg hingewiesen wie zunehmende Arbeitslosigkeit, sinkende Studentenzahlen und Qualitätsverlust der Forschung. Steuerausfälle, Verlust der Kaufkraft und schwindende Attraktivität des Standorts Freiberg für die Wirtschaft seien die Konsequenzen.

Auf der Vollversammlung der Studenten am 29. November im gut gefüllten Audimax waren neben Studenten auch einige Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter der Bergakademie anwesend. Für das Rektorat sprach der Prorektor für Bildung und Strukturentwicklung Herr Stelter. Das Rektorat lehne die Abtrennung von Fakultäten

ebenso ab wie den Import/Export von Lehre, d.h. den reisenden Professor. Jeder Versuch, einzelne Forschungsbereiche zu schließen, sei tödlich für die Universität als Ganzes. Als Gegenkonzept favorisiert das Rektorat die gezielte Herausnahme wenig attraktiver und z.T. veralteter Kapazitäten, ohne das Gesamtprofil der Universität zu verändern. Die Zustimmung des Publikums war ihm sicher, als er versprach: "Das Rektorat wird keine Stelle freiwillig hergeben!" Dennoch glaube man nicht, dass die demnächst geplanten Kürzungen noch aufgehalten werden können. Die Vertreter der Initiative "Zukunft für Bildung" wollten sich dadurch aber nicht abschrecken lassen und machten noch einmal deutlich, dass das Engagement der Studenten auch nach der Demonstration in Dresden weitergehen müsse. Denn auch die nächsten Jahre werden wieder Sparpläne bringen.



Das Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Freiberg, Herrn Fdr. Konrad Heinze (VDS Freiberg), führen die Verhandlungsleiter (v. l.) André Nehrig, André Dahms und Leonhard Kopp.

Dokumentation aus: Burschenschaftl. Bl. 3/2000, S. 103

[ray] Die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift für den Deutschen Burschenschaftler hat ihren Mitgliedsbänden ganze Ausgaben gewidmet. Im 3. Quartal 2000 war die Freiburger Burschenschaft Glückauf an der Reihe. Besondere Aufmerksamkeit widerfährt dem hauptsächlich verbandsintern vertriebenen Blättchen immer dann, wenn sich offizielle Amtsträger als „Burschen“ oder „Alte Herren“ outen. Dadurch kommt den Organisationen eine Bedeutung zu, die ihnen im Alltag nicht zusteht. Andererseits wird so auf erschreckende Art und Weise deutlich wie tief die sogenannte Elite mit dem faschistoiden, völkisch-nationalen braunen Sumpf verknüpft ist. Die fünf Jungmänner, die in Freiberg den aktiven Kern der Burschenschaft Glückauf bilden und sich zu großen Deutschen aufblasen, zu wahren Verfechtern von Nationalismus und Männerwahn und sich damit auch schamlos im World-Wide-Web präsentieren, müssen von demokratisch gesinnten BürgerInnen im Auge behalten werden.

Seine Grenzen dürfte der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Freiberg, Konrad Heinze, einmal wieder überschritten haben, indem er sich die stammrechten Burschies von der Glückauf ins Rathaus holte und mit ihnen ein Gespräch führte, dessen Inhalt in den „Burschenschaftlichen Blättern“ Ausgabe 3/2000 wiedergegeben wird. Bei der Ausführung seines Amtes ist ein

Partei im sächsischen Landtag, die PDS, wird als „extreme Partei“, die eine „Gefahr für die Demokratie“ darstelle, bezeichnet. Nach Heinzes Überzeugung kann ein starkes Auftreten der Verbindungen in der Öffentlichkeit einer solchen Gefahr entgegen wirken. Heinze scheint mit der augenblicklichen Zusammensetzung der Freiburger Studierenden nicht zufrieden zu sein und wirbt kräftig für die Burschen-Truppe, die sich im Internet selbst als deutsch, furchtlos und treu bezeichnet.

„Auf keinen Fall gilt für mich das Verbindungsstudententum als überholt“, fabuliert der Oberbürgermeister für die rechte Leserschaft der „Burschenschaftlichen Blätter“ und fährt belehrend fort: „Die Verbindungen standen am Beginn unserer freiheitlichen und demokratischen Entwicklung im 19. Jahrhundert. Sie haben dafür gekämpft und zum Teil einen hohen Preis gezahlt. Sie stehen auch heute wieder dafür - gegen Gleichmacherei, Miesmacherei, Beliebigkeit - und streiten für bewahrungswürdige Tugenden. So gibt es heute in Freiberg wieder vier oder fünf Verbindungen. Aus diesem Grunde und aus den genannten Gründen bin ich auch dem VDS beizutreten, in dem schon mein Vater aktiv war. In der Öffentlichkeit müssen wir wohl verstärkt für unsere Ziele und Ansichten werben, die kommunistische Propaganda und linke Geschichtsfälschung haben durchaus ihre Folgen hinterlassen. So wünsche ich, daß das Verbindungswesen in

Glückauf!!!

Bundesbruder Konrad Heinze und seine schlagenden Argumente

Oberbürgermeister zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet. Heinze stört das wenig. Im Gespräch mit den Burschies zieht er richtig vom Leder: die zweitstärkste

Freiberg wieder einen wichtigen Stellenwert im universitären Leben erlangt.“ Das gemeinsame WIR, das in dem Gespräch zwischen Bundesbruder Heinze und der schlagenden Burschenschaft Glückauf vom OB selbst formuliert wird, beruht nicht nur auf der offenkundigen gegenseitigen Sympathie, sondern auch auf den gleichen Grundfarben, die Heinzes Studentenverbindung VDS und Glückauf vereint: schwarz-weiß-rot. Die Farben des Kaiserreichs, jener autoritären Zeit, in der es nur Herrschende und kadavertreue Untertanen geben sollte. Ein reaktionärer Traum des OB, der wie die Institution „Glückauf“ auf den Misthaufen der Geschichte gehört. Dass schwarz-weiß-rot auch bevorzugt von militanten Neonazis in der Öffentlichkeit gezeigt wird, ficht den OB Heinze nicht an. Warum auch: sein anderer Organisationsbezug, das christlich-konservative Forum, wirbt auf seinen Internetseiten für die faschistoiden Publikationen „Junge Freiheit“, „Criticon“ und „Wir Selbst“ ebenso wie für die revanchistischen Blätter „Ostpreußenblatt“ und „Fritz“. Warum der OB sich mit Leuten gemein macht, die aus ihrer Sympathie und Verbindung zu faschistoiden Kräften in diesem Land keinen Hehl machen, sollte er der Öffentlichkeit schon erklären. Vier Seiten nach dem Gespräch mit Heinze, schwafelt der „rechtsextreme“ Multifunktionär

Hans-Ulrich Kopp über den Aufenthalt von Theodor Koerner in Freiberg.



Foto: Der Rechte Rand

Von "Bummi-Straftaten" und der Gefahr des Linksextremismus

[kyu] Unter dem Titel "Vorbeugung gegen kriminelle Übergriffe auf Ausländer" hatte das neu gegründete Internationale Universitätszentrum der Bergakademie am 6. Dezember zu einer Diskussionsveranstaltung mit Vertretern der Polizei eingeladen. Neben Herrn Meissner von der Polizeidirektion Freiberg standen auch Herr Göckeritz vom Polizeipräsidium Chemnitz und Frau Helbig als Vertreterin der Ausländerbehörde als Diskussionspartner zur Verfügung. Die Idee zu dieser Veranstaltung geht zurück auf eine bundesweite Umfrage des DAAD unter den Akademischen Auslandsämtern, die Aufklärung

darüber bringen sollte, in welchem Maße ausländische Studenten mit fremdenfeindlicher Gewalt konfrontiert werden und wie sie darauf reagieren. Insbesondere interessierte, ob die Zahl der ausländischen Studierenden infolge derartiger Übergriffe zurückgeht. Im Ergebnis zeigte sich, dass in den alten Bundesländern keine derartigen Probleme auftreten, 35% der Akademischen Auslandsämter der neuen Bundesländer jedoch meldeten "gravierende Probleme". Ein Rückgang der Studentenzahlen ist bisher jedoch nicht zu verzeichnen.

Dass der Rektor der Bergakademie sich wenigstens eine halbe Stunde Zeit für die Veranstaltung genommen hatte, wurde allgemein positiv bewertet. In seiner kurzen Einleitung wies er darauf hin, dass die Universität ein Ort der Meinungsfreiheit und der neuen Ideen sei, diese Freiheit aber Grenzen habe, die dort überschritten werden, wo Extremismus anfängt. Rechts- und linksradi-

kale Tendenzen werde man an der Universität nicht dulden. Damit klang schon an, wo nach Meinung der Amtspersonen die wahren Probleme in Freiberg liegen.

Herr Meissner von der Polizeidirektion Freiberg vertrat die Auffassung, dass die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten in Freiberg unbedeutend sei. Bei 5.500 verübten Straftaten insgesamt waren nur in 108 Fällen ausländische Bürger Opfer, bei den Gewaltstraftaten im speziellen zeige sich ein ähnliches



Bild: in 30 von 889 Fällen waren Ausländer betroffen. 11 fremdenfeindliche Straftaten zählte die Polizei im Jahr 2000 in Freiberg, darunter Körperverletzungen, verbale Drohungen und Sachbeschädigung. Eine "fremdenfeindliche Straftat" wird allerdings erst dann angenommen, wenn der gefasste Täter selbst aussagt, dass er die Straftat aus Ausländerhass begangen hat oder wenn sich aus Zeugenaussagen klare Hinweise ergeben, dass der Täter aus fremdenfeindlichen Motiven gehandelt hat.

Herr Meissner betonte, dass es in Freiberg keine rechte Szene gäbe, sondern nur vereinzelte rechtsradikale Personen, die als Reaktion auf Aktionen von Linksradikalen auch mal gemeinsam als Gruppe auftreten würden. Er gab zu, dass ausländische Studenten dies subjektiv vielleicht anders empfinden, aber nicht jeder Glatzköpfige im Strassenbild sei notwendigerweise ein

Rechtsextremist. Die wirklichen Probleme lägen derzeit bei den Linksextremisten und der allgemeinen Kinder- und Jugendkriminalität.

Nach der Dunkelziffer fremdenfeindlicher Gewalttaten gefragt, antwortete Herr Göckeritz, dass die ca. 3.000 Rechtsextremisten in Sachsen der SOKO Rex (fast) alle namentlich bekannt seien, die Dunkelziffer bei extremistischen Straftaten sei folglich sehr niedrig. Im Polizeijargon werden rechtsextremistische Straftaten als "Bummi-Straftaten" bezeichnet, d.h. die unerfahrenen Täter werden sehr schnell ermittelt. Nicht immer hätten rechtsextremistische Straftaten einen ernsten Hintergrund, so zum Beispiel, wenn Kinder in der Schule Hakenkreuze zeichnen oder bei Freunden aufgeschnappte Parolen nachplappern. Das sei einfach Gruppenverhalten. Man dürfe Rechtsextremisten auch nicht aufwerten, wie dies in Sebnitz geschehen sei.

In der anschließenden Diskussion erhob ein jordanischer Student Vorwürfe gegen die Polizei. Er schilderte seine eigenen Erfahrungen, als er nachts mit dem Auto durch Freiberg fuhr und zur Kontrolle seiner Papiere angehalten wurde. Mitten in der Nacht riefen Polizeibeamte seine Frau an, um sich zu vergewissern, dass das Auto nicht gestohlen sei. Auf dem Revier musste er Angaben machen, wo und wie er die Nacht verbracht hatte, dann wurden von ihm Fotos gemacht. Erst 3 Monate nach dem Vorfall konnte der Anwalt des Betroffenen die Herausgabe der Fotos und Negative erwirken. Herr Meissner sicherte zu, diesen Vorfall zu überprüfen.

Der Muslimische Studentenverein dankte zunächst der Universität und

der Polizei für die Unterstützung bei der Durchführung der Treffen der Muslime in Deutschland. Beim letzten Treffen im Mai 2000 habe es zwei unangenehme Vorfälle gegeben, auf dem Campus sei abends ein Teilnehmer des Treffens verprügelt worden und die Scheiben der Böhme-Schule in Friedeburg, dem Tagungsort der Muslime, seien eingeschlagen worden. Es wurde Anzeige erstattet, die Täter seien aber bis heute nicht ermittelt. Nicht verstehen könne man aber, so Aeman Aead vom MSV, warum im Verfassungsschutzbericht 1998 der MSV Freiberg als Gruppierung islamischer Extremisten bezeichnet wer-

de. Man habe beim Landesamt für Verfassungsschutz angerufen, aber es sei keine Gesprächsbereitschaft zu erkennen gewesen. Auch als der MSV 5 Monate vor dem diesjährigen Treffen der Muslime eine Teilnehmerliste an das LfV geschickt habe, mit der Bitte, eventuelle Extremisten zu nennen, damit diese wieder ausgeladen werden könnten, hätte das LfV nicht reagiert. Ebenso sei das Konto für den Gebetsraum des MSV geschlossen worden und erst hinterher habe man mit dem Kontoinhaber geklärt, woher das Geld auf dem Konto stammt und wofür es verwendet wird. Zu diesem Sachverhalt

meinten die Vertreter der Polizei, dass die Polizei nicht über die Informationen des LfV verfüge, dass man aber versuchen könne, über die Freiburger Staatsschutzabteilung ein Gespräch mit Vertretern des LfV zu organisieren.

Leider hatten nur 7 Studenten den Weg in die Akademiestrasse zu dieser Diskussion gefunden, sonst wären sicher noch weitere konkrete Fälle zur Sprache gekommen. Eine Fortführung der Diskussionen ist aber geplant, vielleicht schon Anfang des nächsten Jahres im neuen Begegnungsraum der ausländischen Studenten in der Neuen Mensa.

Eigentlich gibt es keine Nazis in Sachsen und in Freiberg... ?

[FbÄ] *Schenkt mensch den Erklärungen des sächsischen Ministerpräsidenten glauben, dann ist das Bundesland Sachsen im Prinzip Nazi frei. Die PDS-Stadträtin Katy Unger wollte die Situation in ihrer Stadt genauer erfahren und stellte eine Anfrage an die Stadtverwaltung. Die Antwort fiel zwar dürftig aus, war äußerst ungenau - der versuchte Brandanschlag auf die Asylunterkunft in der Chemnitzer Straße wurde geflissentlich verschwiegen und wurde mit wenig Engagement von Dr. Böttcher im Rat vorgelesen, aber sie strafte den Landesvater Biedenkopf Lügen. Der FreibÄrger hörte dem mündlichen Vortrag vom 2. Bürgermeister Böttcher zu und dokumentiert die Antwort:*

„Nach bisherigen Erkenntnissen, die aus der Analyse begangener Straftaten gewonnen wurden, sind Personen mit Bestrebungen zur grundsätzlichen radikalen Systemveränderung von einem deutlich von der allgemeinen freiheitlich demokratischen Auffassung abweichenden Standpunkt in der Stadt Freiberg nicht polizeilich bekannt. Zum Problem des Rechtsextremismus erklärt die

Polizeidirektion Freiberg, dass darunter die Bestrebung zur Systemüberwindung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung unter Anwendung von Gewalt verstanden werden muß. Diesbezüglich ist die Situation in Freiberg derzeit geprägt von spontanen Aktionen sogenannter rechtsorientierter jugendlicher Gruppen mit losen Strukturen und keinem erkennbar systematisch organisierten Hintergrund. Die Erfahrungen aus geführten Vernehmungen mit Personen, die sich an öffentlichkeitswirksamen Straftaten - Sachbeschädigung an der Carl-Böhme-Schule - während des Treffens der Muslime in Deutschland am 10.06.2000/Landfreidenswoche am 29.04.2000 gegen das Pi-Haus in Freiberg - beteiligten, bestätigten diesen Sachstand. Die Gefährlichkeit dieser Gruppierungen sei jedoch gegeben durch ihre Gewaltbereitschaft und Spontanität im Zusammenhang mit geführter Gruppendynamik und unkontrolliertem Alkoholkonsum. Hierbei komme es teilweise zur Entladung von Aggressionen, entstanden durch soziale Spannungsfelder mit fremdenfeindlichem Charakter.

Die Höchstzahl von Straftaten mit

vermutlich rechtsorientiertem Hintergrund bilden die sogenannten Propagandadelikte (Hakenkreuze, SS-Runen, Heil-Hitler-Gruß usw.). Die Tendenz von 1997 bis 1999 war steigend, dies kann jedoch im Jahr 2000 nicht festgestellt werden.

Eine Häufung von Körperverletzungsdelikten mit fremdenfeindlichem Hintergrund war 1997 zu verzeichnen, innerhalb weniger Wochen kam es zu sechs gezielten Übergriffen auf Asylbewerber bzw. ausländische Studenten. Es konnte eine Freiburger Tätergruppe ermittelt und überführt werden. In den Folgejahren zeigte sich keine derartige massive Vorgehensweise.

Die Frage nach der Anzahl verübter Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund kann nur ungenügend beantwortet werden, da bei vielen Straftaten die wahre Motivlage der Täter, eventuell politische Interessen, im Verborgenen liegen. Seit mehreren Jahren wird von Seiten der Polizei die Präventionsarbeit auch auf dem Gebiet des politischen Extremismus forciert.

Die Polizei erachtet es als äußerst wichtig, Bagatellisierungen und Überspitzungen zu vermeiden.“

Mottenmafia miniert in Freiberg

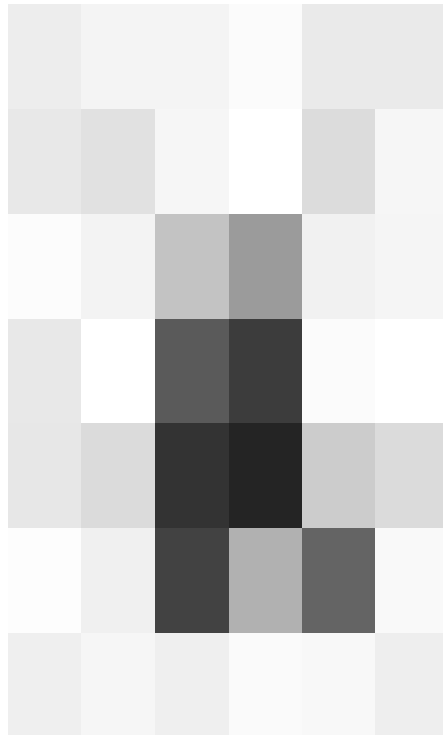
Der aufmerksame Spaziergänger hatte im Sommer sicher den desolaten Zustand der Freiburger Kastanien bemerkt: die Blätter sahen braun und vertrocknet aus, sie waren eingerollt und wenn man sie gegen das Licht hielt, konnte man in ihnen verpuppte Insekten erkennen. Fragte der besorgte Bürger daraufhin im städtischen Grünflächen- und Umweltamt nach, was denn um himmelswillen mit den Freiburger Kastanien los sei, erfuhr man: "Ja, das ist die Miniermotte, die Kastanienminiermotte." Damit beendete die Dame, die offenbar wenig Zeit hatte, auch schon das Gespräch, nicht ohne noch einmal zu bekräftigen, dass man dagegen gar nichts tun könne.

Bei der Kastanienminiermotte handelt es sich um einen unscheinbaren, etwa 3 mm großen Schmetterling mit langen Antennen und federartigen Hinterflügeln. Seine Larven entwickeln sich minierend, d.h. sie fressen sich einen Gang in den Kastanienblättern. Als Wirt dient bevorzugt die weißblühende Roßkastanie, es sind aber auch schon Befälle an rotblühenden Roßkastanien und Ahornbäumen beobachtet worden. Die Kastanienminiermotte pflanzt sich in 3 sich überlappenden Generationen fort: im Mai, Juli und September. 3 Wochen nach der Ablage der weißen, abgeflachten Eier auf der Blattoberseite schlüpfen die Junglarven und fressen zunächst einen 1 bis 2 mm langen Gang parallel zu einem Blattnerve. Dieser Gang wird dann seitlich zu einem kreisförmigen Gebilde ausgebaut, das schließlich einen Durchmesser von 3 bis 4 cm haben kann. Nachdem auf diese Weise 5 Larvenstadien durchlaufen wurden, spinnt sich die Larve ein, und die Puppe ruht 12 bis 16 Tage, im Winter bis zu 6 Monaten.

In Folge der minierenden Tätigkeit der Larven verfärben sich die Blätter braun, sie rollen sich ein und fallen

vorzeitig ab. Bei starkem Befall kann der Baum ein zweites Mal austreiben und blühen. Bei mehrjährigem Befall besteht die Gefahr, dass der Baum abstirbt.

Über die Herkunft der Kastanienminiermotte ist bisher wenig bekannt. Erstmals wurde sie 1984 am Ohrider See in Mazedonien beobachtet. Ob sie ebenso wie die Kastanie schon vor und während der Eiszeit in Südeuropa lebte, weiß



man bisher nicht. In den letzten 15 Jahren verbreitete sie sich aus Südeuropa über Österreich und Bayern bis nach Mitteleuropa, wobei möglicherweise der Fahrzeugverkehr, durch den befallenes Laub transportiert worden sein könnte, eine Rolle gespielt hat.

Die Bekämpfung der Motte gestaltet sich bisher schwierig, nicht zuletzt deshalb, weil noch wenig über sie bekannt ist. Die Kastanienminiermotte hat wenige natürliche Feinde, z.B. Schlupfwespen, die als nicht einheimische Arten

aber praktisch kaum von Bedeutung bei der Bekämpfung des massenhaften Befalls sind. In Österreich sind die Pflanzenschutzmittel Alsystin (Triflumuron) und Dimilin 25 WP (Diflubenzuron) zwar erfolgreich getestet worden, aber ihr flächendeckender Einsatz ist wenig wirtschaftlich und kaum durchführbar. Abgesehen davon sind diese Mittel in Deutschland auch nicht zugelassen.

Als wirksamste und praktisch durchführbare Maßnahme hat sich bisher die Entfernung des Herbstlaubes unter den Bäumen erwiesen. Da die Puppen der Kastanienminiermotte im Laub überwintern, kann so einem allzu starken Befall vorgebeugt werden. Probleme bereitet dabei die Entsorgung des Laubes. Laut Sächsischem Naturschutzgesetz ist die Laubverbrennung verboten, kann aber in Sonderfällen, wie zur Schädlingsbekämpfung, durch das Landratsamt genehmigt werden. Eine Kompostierung des Laubes müßte bei mindestens 70°C erfolgen, damit die Puppen abgetötet werden. Derartige Temperaturen werden allerdings nicht im Komposthaufen des Kleingartens erreicht.

Interessant sind auch Untersuchungen, die einen Zusammenhang zwischen Schadstoffemissionen und der Anfälligkeit der Bäume gegenüber dem Befall durch die Kastanienminiermotte belegen. Insbesondere durch SO₂ und NO bedingter Stress scheint hier von Bedeutung zu sein.

Freiberg war in diesem Jahr das erste Mal von der Kastanienminiermotte betroffen. Das Grünflächen- und Umweltamt der Stadt beobachtet die Entwicklung, wird aber zunächst keine Maßnahmen einleiten. Das Herbstlaub der Kastanien wurde nicht entfernt, statt dessen hofft man auf einen strengen Winter, die Schlupfwespen und neue Erkenntnisse über die Kastanienminiermotte.

SPD-Stand-Rätsel gegen Rechts

1	2	3	4	5		6		7	8	9	10
11						12	13		14	15	
16					17			18			
19				20		21				22	
	23							24	25		
	26					27	28				
29		30		31	32		33				
34				35			36			37	
		38	39								
40	41		42				43				44
45										46	

Waagerecht

1. SPD-Antifa-Aktion 2000: Benimm dich!
7. Thüringer Spieß (Stadt!)
11. Amtsperson bei Rechtsgeschäften
12. Chemisches Zeichen für Radium
14. Schweinerei: Intelligentes weibliches Wesen
16. Froschart auf österreichisch-mundartlich...
17. Vorsicht: BSE-verseuchter Ort!
19. Belgischer Maler
21. Punks ganzer Stolz (Abk.)
22. Freisinger lieben das Kennzeichen!
23. Biblischer männl. Vorname
24. Ein wahrer Dichter vor dem Herrn!
26. Stickstoff und Norden teilen sich diese Abkürzung
27. Tanzendes Wesen im Sommernachtstraum
31. Kommt sie aus Offenbach, bringt sie das KFZ-Zeichen mit...
33. Landkreis Aschersleben-Staßfurt: Kennzeichen gefällt!
34. Kosename für Großmutter: knuddelig!
35. Antifazeitschrift mit Informationen zum Rechten Rand (Abk.)
36. Zeiteinheit (poetisch)
38. Mitbürger aus Asien
40. Schweiz in Kurzformat!
42. Tapferes Schneiderleins Lieblingsspeise!
43. Beflügelte Himmelskörper!
45. Antifa-Aktion 2000: Sozialdemokr. Angriffsposition seit 1949
46. Chemisches Zeichen für Tellur (Abk.)

Senkrecht

1. Nette FreiburgerIn in Berlin (Vorname)
2. Nordische Schicksalsgöttin (Plural)
3. Kein Tritt, ein
4. Krimi-Serie feierte gerade 30-jähriges!
5. Ackermaß
6. keltische Priester
8. Europäische Weltraumorganisation [Abk.]
9. Aufforderung der Habgier freien Lauf zu lassen!
10. SPD-Antifa-Aktion 2000: Vorsicht, Bandscheibenvorfall möglich
13. Nebenfluß des Rheins
18. SPD-Antifa-Aktion 2000: nur so fängt man Fliegen (Volksmund!)
20. Der Landkreis Rastatt erfreut sich an diesem Kennzeichen
25. Mit d e r letzten kommt der Katholik im Himmel an!
28. Lustobjekte aller Träger(innen)
29. Ein echter Wassermann, dieser Lurch!
30. So ein Laufwerk schafft Platz auf der Festplatte des PC (Abk.)!
31. Beherrscher der Unterwelt
32. Ein bißchen Zeit, dann ist auch s i e abgelaufen!
37. Das und nagelfest muß es schon sein!
39. Kein Pentium-Prozessor. Der ist fast besser (Abk.)!
41. Lach-Einheit!
44. Französischer Artikel!

Auflösung aus der Ausgabe 19 vom Oktober/November 2000

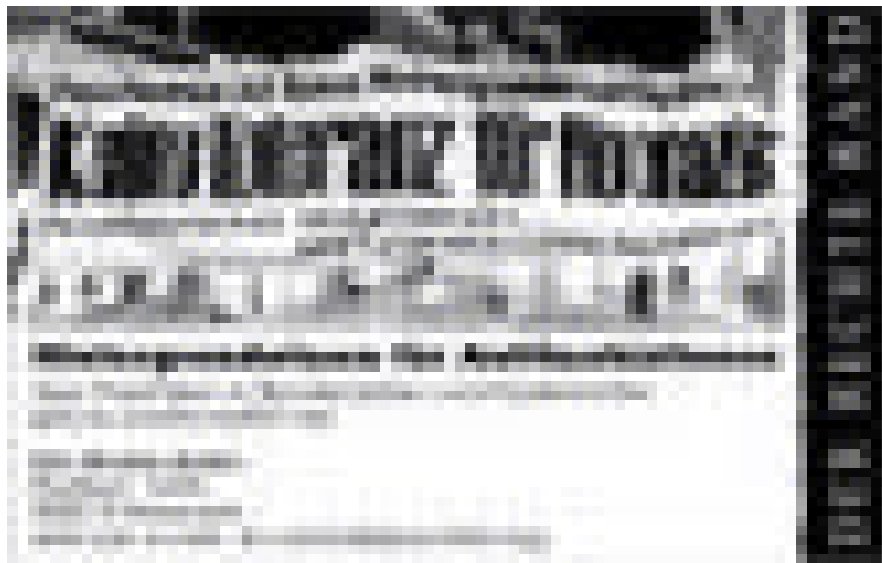
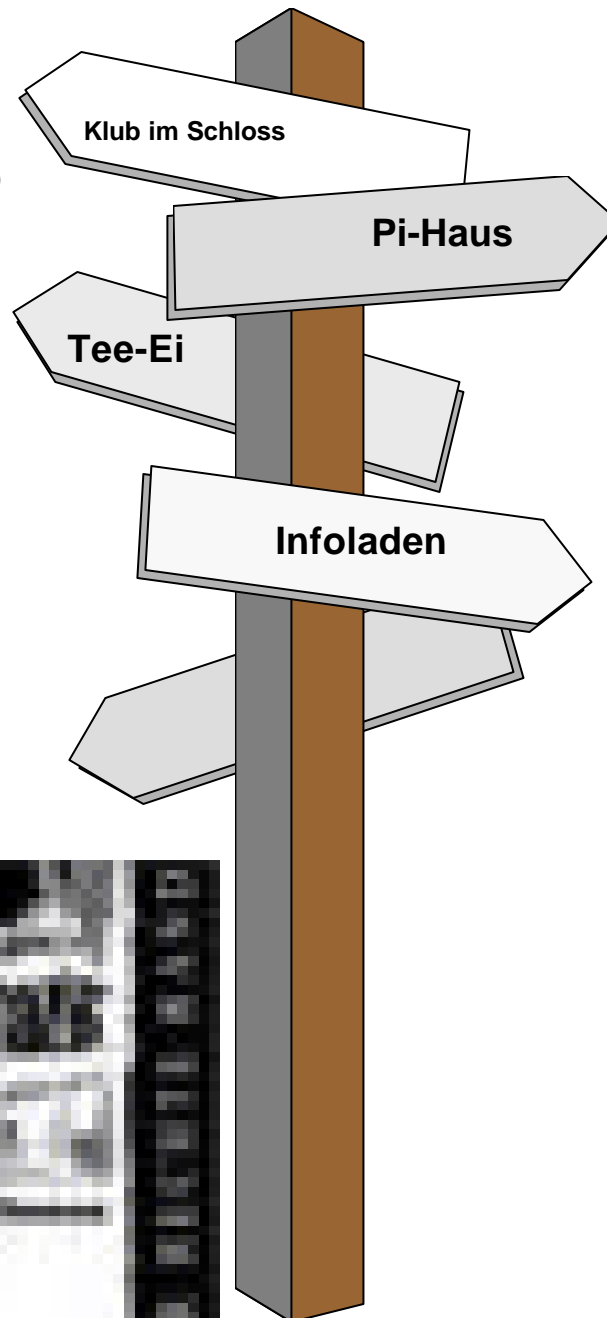
Waagerecht: 1. Elser; 5. Radar; 10. Reim; 11. Airbags; 13. Kaeserei; 15. Ltd.; 16. Erblasser; 18. Ar; 19. Ost; 22. Ern; 24. Neugier; 27. Sued; 28. Irre; 29. La; 30. TR; 31. Ne; 32. Njet; 34. Aorta; 36. Us; 39. UPI; 40. Viren; 42. Se; 43. Benjamin; 44. Ein; **Senkrecht:** 1. Erker; 2. Lear; 3. Sieb; 4. Emsland; 5. Riester; 6. Arie; 7. DB; 8. Aal; 9. RGT; 11. Ars; 12. SDS; 14. Ear; 17. Rogen; 20. Si; 21. Tele; 22. Europe; 23. Re; 24. Nie; 25. Ur; 26. Ratzen; 27. Staub; 31. Nava; 33. Ja; 35. Rin; 36. Uri; 37. Sen; 42. Si

+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine+Termine?

+++SPASS im Neuen Jahr !!!

- 12.12.2000 Demo Freiburger Studenten
in Dresden gegen Stellen-
kürzungen im Hochschulbereich
- 18.12.2000 20 Uhr „Clockwork Orange“ (GB 1971)
Kino im Audimax/Winklerstraße
- 19.12.2000 21 Uhr Latin Dance Night
Alte Mensa
- 22.12.2000 Fiesta international
Cocktailparty
Jugendzentrum Barrikade
- 26.12.2000 19 Uhr Tivoli
Neuinszenierung Schwanensee.
Mit Ballet Classique de Paris

Und nicht vergessen: Martins Big Party ohne Big
Brother - es gibt Bratkartoffeln!!!
Guten Rutsch!



Impressum V.i.S.d.P.: Jan Jekow, Freiberg Anschrift der Redaktion: FreibÄrger, Haus der Demokratie, Bebelplatz 3, 09599 Freiberg Druck & Verlag: Eigendruck und Selbstverlag Layout: Katmartray Satz: Kamadray Erscheinungsweise: unregelmäßig (monatlich angestrebt) Hinweis: Dieses Projekt erwirtschaftet keine Gewinne UnterstützerInnen: Arbeitskreis Ausländer und Asyl Freiberg e.V., Linke StudentInnen Gruppe, Arbeitslosenzeitung "Quer", PDS-Kreisverband Freiberg, Einzelpersonen aus Freiberg.